

## **EP-FR-01/01** Was Frieden sichert

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)  
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

### **Antragstext**

- 1 **\*\*Geänderte Überschrift\*\*\*** Was Frieden sichert
- 2 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine und die massive
- 3 Gegenreaktion der westlichen Staaten mit Aufrüstung und massivsten
- 4 Waffenlieferungen – aber
- 5 ohne ernsthaften Versuch einer diplomatischen Lösung – haben gezeigt: Frieden und Freiheit,
- 6 Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder
- 7 aufs Neue gesichert und gestärkt werden.
- 8 Allerdings müssen wir jetzt uns und unseren Verbündeten sowie unseren ukrainischen
- 9 Freund\*innen die Frage stellen und mit ihnen gemeinsam beantworten, was das Ziel der
- 10 Unterstützung sein soll. Die immer wieder geforderte militärische Niederlage
- 11 Russlands, der
- 12 stärksten Atomwaffenmacht, oder gar eine Zerstörung des russischen Staates? Das kann in
- 13 Anbetracht der wahrscheinlichen Folgen kein realistisches Ziel sein. Und auch ein langjähriger
- 14 Stellungskrieg ist für die Menschen auf beiden Seiten (auch russische Soldaten,
- 15 die meistens nicht freiwillig im Krieg sind, sind Menschen) keine Lösung.
- 16 Daher führt kein Weg an der Aufnahme diplomatischer Initiativen für eine Lösung des
- 17 Krieges
- 18 vorbei. Das wird die Grüne Fraktion im EP initiieren.
- 19 Um den Frieden in Europa wieder herzustellen und dann dauerhaft zu erhalten, muss das Denken
- 20 in Einflussphären überwunden werden. Das gilt nicht nur für Russland und die NATO, sondern
- 21 auch für die EU, deren Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik immer wieder auf Widerstand
- 22 stößt. In dieser Gemengelage muss an die Stelle von Machtpolitik der faire Ausgleich von
- 23 Interessen treten.
- 24 Im Zuge der Globalisierung haben sich große Schwellenländer zu wirtschaftlichen
- 25 Schwergewichten herausgebildet. Die Länder des Südens entwickeln ein neues Selbstbewusstsein
- 26 und wollen sich nicht länger bevormunden und ausbeuten lassen. Und die USA sind bereit, ihre
- 27 globale Vormachtstellung mit allen Mitteln zu verteidigen.

25 Während sich eine multipolare Weltordnung herausbildet, nehmen die Spannungen  
weltweit zu.

26 Deutschland und die Europäische Union müssen eine eigenständigere Position  
gegenüber den USA

27 finden, die schon länger einen konfrontativen Kurs gegenüber Russland und China  
fahren.

28 Wir lassen uns nicht von einer resignativen Haltung anstecken, die meint, dass in der  
29 gegenwärtigen Lage alleine militärische Gewalt weiterhilft. Vielmehr suchen wir aktiv  
30 Chancen für Deeskalation, Gewaltminimierung und Entspannung. Dieser Einsatz für  
eine Kultur

31 der Gewaltfreiheit umfasst als wichtige Querschnittsaufgabe weit mehr als den Bereich  
der

32 Außenpolitik. Unser Ziel bleibt, durch eine Politik für Gewaltfreiheit mittel- und  
33 langfristig die politische Institution des Krieges zu überwinden.

34 Friedliche Entwicklung und Kooperation auf globaler Ebene sind unerlässlich. Denn nur  
35 gemeinsam haben wir als Menschheit die Chance, den Klimawandel noch so weit  
auszubremsen,

36 dass auch künftige Generationen ein lebenswertes Umfeld vorfinden. Die Europäische  
Union

37 muss sich also um Vertrauensbildung, um Zusammenarbeit über die Blockgrenzen  
hinweg und

38 damit eine Verhandlungslösung für den Ukraine-Krieg bemühen.

39 Die EU ist ein Friedensprojekt, kein militärisches Verteidigungsbündnis. Dauerhafter  
Friede

40 beruht auf Verständigung, Austausch und Zusammenarbeit, nicht auf Aufrüstung. Die  
41 Europäische Union hat in ihrem Innern bewiesen, dass sie in der Lage ist, für Frieden,  
42 Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Sie hat gezeigt: Man kann Frieden lernen,  
43 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen Zeiten.

44 Die GRÜNE haben immer davor gewarnt, dass autokratische Regime wie Russland oder  
Saudi-

45 Arabien im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen Bürger\*innen handeln, um  
ihre

46 imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen.

47 Mit diesen Einschränkungen war der Ansatz „Wandel durch Handel“ des Architekten  
der

48 Ostpolitik (Egon Bahr) gemeinsam mit Brandt sehr erfolgreich und hat die Grundlagen  
49 geschaffen aus zwei deutschen Staaten einen zu machen. Allerdings hat man die  
daraus

50 erwachsenen Chancen zur Neuordnung Europas nicht genutzt. Daraus lernen wir: Nur  
Kooperation

51 statt Konfrontation führt zum Erfolg und zum Frieden.

52 Deshalb treten wir ein für eine Europäische Union, die ihre Abhängigkeiten – auch von  
den

53 USA – verringert und global Verantwortung übernimmt. Eine handlungsfähige EU, die  
auf

54 eigenen Beinen steht, wäre der beste Schutz gegen all jene Kräfte, die Isolation und  
55 Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und außerhalb des europäischen

Bündnisses. Die EU  
56 kann dabei ihre Interessen vor allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre  
Werte  
57 tatsächlich, ernsthaft und konsequent in den Mittelpunkt und nicht wie oft bisher  
gegenüber  
58 wirtschaftlichen Interessen zurückstellt.

59 Frieden und Freiheit erwachsen aber nicht aus Abschottung, sondern aus  
freundschaftlichen,  
60 auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung  
der Völker  
61 beruhenden Beziehungen zwischen den Nationen und einem wertegeleiteten und  
fairen Umgang mit  
62 unseren Partnerinnen und Partnern. Das wichtigste Forum dafür sind die Vereinten  
Nationen  
63 (UN) und ihre Organisationen, die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind  
der  
64 beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das  
Recht  
65 des Stärkeren.

66 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler  
67 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den  
Frieden zu  
68 wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen. Die EU muss  
aktiv um  
69 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben und dabei den Ausgleich  
bisheriger  
70 Fehler vorantreiben. Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale  
71 Gerechtigkeit fördern.

72 Dazu ist es notwendig, diese Länder verstärkt zu unterstützen. Die Entwicklungshilfe  
darf  
73 nicht gekürzt werden. Stattdessen fordern wir die sofortige Erhöhung der  
Entwicklungshilfe  
74 auf die von den UN geforderte Höhe von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens. Noch  
wichtiger  
75 als Entwicklungshilfe wäre ein Schuldenerlass, da die Entwicklungshilfe weit unter dem  
76 Kapitaldienst der Länder des globalen Südens an den Norden liegt. Dafür werden wir  
uns in  
77 der EU einsetzen. Es kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an,  
sondern  
78 auch darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die  
vereinbarten Ausgleichszahlungen der Industrieländer müssen vor allem den  
79 bedürftigsten  
80 Ländern zukommen und zur Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des  
Pariser  
81 Klimaabkommens beitragen. Die EU muss sich für die Einhaltung und Ausweitung  
dieser  
82 Vereinbarung einsetzen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die  
soziale  
83 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer

84 Sicherungssysteme als  
nachhaltiges Instrument gegen Armut.

85 Die Entwicklungshilfe darf nicht den Interessen europäischer oder multinationaler  
86 Konzerne  
87 dienen, sondern muss als Hilfe zur Selbsthilfe für den globalen Süden erfolgen, um die  
88 sozialen und ökologischen Krisen der Klimaänderung vor Ort zu bekämpfen. Die  
Handelsverträge  
89 der EU sind ungerecht. Der Zwang zum Abbau von Zöllen und die Öffnung für EU-  
Waren wirkt  
90 sich so aus, dass in Wirklichkeit die europäischen Länder profitieren, weil die armen  
Länder  
91 ihre Produkte unverarbeitet exportieren müssen und die Weiterverarbeitung bei  
industriellen  
92 Rohstoffen, bei Agrarprodukten wie Kaffee oder Kakao, selbst bei Früchten i.d.R. in  
Europa  
93 geschieht und der Gewinn in Europa und nicht im globalen Süden entsteht. Faire  
Handelsbeziehungen bedeuten, dass die lokale Produktion vor Billigimporten geschützt  
wird.  
94 Bei Handelsverträgen müssen neben den wirtschaftlichen Zielen immer auch die  
ökologischen,  
95 sozialen und menschenrechtlichen Folgen berücksichtigt werden. Das EU-Mercosur-  
96 Handelsabkommen darf nicht ohne den Schutz des Regenwaldes und der dort  
lebenden indigenen  
97 Bevölkerung unterzeichnet werden. Der Regenwaldschutz muss direkt in den  
sanktionsbewehrten  
98 „Streitbeilegungsmechanismus“ des Abkommens integriert und ein Anreizsystem  
geschaffen  
99 werden, bei dem Waldschutz-Ziele festgelegt und erst bei einer Erfüllung alle drei  
Jahre  
100 neue Handelserleichterungen freigeschaltet werden.

101 Oft genug fehlen bei Verhandlungen sozial und kulturell benachteiligte Gruppen ,vor  
102 allem  
Frauen. Das macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln.  
103 Gesellschaften  
sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen,  
104 sozialen  
und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und Sicherheit sind  
105 nachhaltiger, wenn  
Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen  
106 in  
der Außen- und Sicherheitspolitik gleichermaßen vertreten sind.

107 Das gilt umso mehr, da sich die größte Herausforderung der Menschheit, die  
Klimakrise, nur  
108 global bewältigen lässt. Europa und die übrigen Industriestaaten haben durch ihre  
109 jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache Verantwortung: Sie müssen im ganz  
eigenen  
110 Interesse selbst schnell klimaneutral werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem  
Weg zu  
111 klimaneutraler Lebensqualität partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die

112 Klimadiplomatie ins Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und  
damit die  
113 Weichen für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen  
werden,  
114 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen unter gerechten  
Bedingungen zu  
115 sichern. Dabei muss die EU auch weltweit vor allem den privatwirtschaftlichen  
Interessen  
116 einen Riegel vorschieben, die vorrangig Gewinnmaximierung als Ziel haben.

117 1. Krieg ist keine Lösung

118 Alle wissenschaftlichen und insbesondere psychologischen Erkenntnisse zeigen, dass  
Krieg im  
119 21. Jahrhundert keine Lösung mehr sein kann und darf. Vielmehr ist die Gefahr nicht zu  
120 übersehen, dass eine Eskalation zum Atomkrieg das Ende der Zivilisation – wie wir sie  
kennen  
121 –führen wird.

122 Besonders im Fall des Russland-Ukraine-Krieges ist absehbar, dass eine weitere  
Aufrüstung  
123 der Ukraine entweder den Krieg auf etliche Jahre hinaus verlängern oder aber mit  
zunehmender  
124 Dauer des Krieges eine atomare Eskalation immer wahrscheinlicher wird. Eine  
ungehemmte und  
125 ungeprüfte massive Aufrüstung der Ukraine ist nicht zu rechtfertigen. Der Export des  
Taurus-  
126 Abwehrsystems vergrößert die Gefahr der Eskalation ins Unkalkulierbare und droht  
Deutschland  
127 wegen der Programmierungen zur Kriegspartei werden zu lassen. Die Menschen in der  
EU sind  
128 schon jetzt massiv von den Auswirkungen dieses Krieges betroffen, sei es durch  
129 Preissteigerungen für Lebensmittel, Mieten und Energie, sei es durch die massiven  
Kürzungen  
130 im sozialen und kulturellen Bereich zugunsten von militärischer Aufrüstung,  
Waffenhilfe und  
131 Unterstützung des Staatshaushalts der Ukraine. Dies verschärft die soziale Spaltung.

132 Daher muss die Europäische Union unbedingt und schnellstens den Weg einer  
diplomatischen  
133 Lösung einschlagen. Dass dies nicht zulasten der dort lebenden Bevölkerung  
geschehen kann,  
134 ist dabei selbstverständlich. Allerdings sind auch die Interessen der  
russischstämmigen  
135 Ukrainer\*innen in ihren Minderheitsrechten angemessen zu berücksichtigen, wie das  
im Minsker  
136 Abkommen vorgesehen war. Faire und überwachte Wahlen könnten diplomatische  
Lösungen  
137 legitimieren.

138 Wir lehnen den Einsatz von Streumunition kategorisch ab. Zu den mehr als 120  
Ländern, die

139 Streumunition geächtet haben, gehört auch Deutschland. Als völkerrechtlich gültiger  
Vertrag  
140 verbietet das Übereinkommen über Streumunition (sog. „Oslo-Übereinkommen“) seit  
2010 den  
141 Einsatz, die Entwicklung, die Herstellung, den Erwerb, die Lagerung, die Weitergabe  
und die  
142 Unterstützung beim Einsatz von Streumunition. Nach Artikel 21 Absatz 2 des Oslo-  
143 Übereinkommens verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, sich nach besten Kräften zu  
bemühen,  
144 Staaten, die nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, vom Einsatz von  
Streumunition  
145 abzubringen. Ebenso lehnen wir den Einsatz von Krankheit, Vergiftung, massive  
Erbschäden und  
146 Tod bringende DU- (Uran-) Munition ab.

147 Das Europa, das wir gestalten wollen, schützt und verteidigt die eigenen Werte. Wir  
müssen  
148 anerkennen, dass es in anderen Regionen der Welt andere politische Systeme und  
andere  
149 kulturelle Werte gibt, die wir respektieren müssen. Der Globale Süden hat ein Recht,  
einen  
150 Umgang auf Augenhöhe einzufordern. Die in der Charta der Vereinten Nationen von  
193  
151 Mitgliedsstaaten vereinbarten universellen Ziele müssen dafür die Grundlage bilden.  
Nur  
152 gemeinsam können wir das Erreichen der Millenniumsziele und den Kampf gegen die  
Klimakrise  
153 bewältigen. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein. Und  
zu  
154 diesem Europa muss in Zukunft auch wieder Russland gehören.

155 2. Eine europäische Außenpolitik

156 Gemeinsam außenpolitisch handeln

157 Wir benötigen eine eigenständige EU, die als weltpolitische Akteurin agieren kann.  
Bislang  
158 braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die Zustimmung aller 27  
Mitgliedstaaten.  
159 Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die  
dabei die  
160 Interessen der großen und der kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu  
erreichen,  
161 wollen wir die bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen  
und  
162 setzen uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

163 Das Klima global schützen

164 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie bedroht die  
165 Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen Menschen in die Flucht.  
Sie  
166 verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen wie Nahrungsmittel und  
Wasser.

167 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke  
Klimaaußenpolitik  
168 der EU, die ihr Möglichstes tut, um das Pariser Klimaabkommen zu retten. Wir stehen  
für eine  
169 EU, die weltweit Partnerschaften auf Augenhöhe unter Einbeziehung der  
Zivilgesellschaft für  
170 die Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und  
Umbau  
171 ihrer Wirtschaftssysteme und ihrer Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die  
172 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten Emittentinnen  
von  
173 Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der Vereinbarung im Pariser  
174 Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass umgehend jährlich 100 Milliarden US-  
Dollar aus  
175 öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz und Anpassung zielgerichtet und im  
176 Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN in Ländern des Globalen Südens  
eingesetzt  
177 werden. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur Ausgestaltung  
eines Loss-  
178 and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der Klimakrise geschädigten  
Gemeinschaften  
179 finanziell angemessen unterstützen soll.

180 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine enorme  
181 Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des Biodiversitätsabkommens von  
Kunming-  
182 Montreal in Europa und weltweit fördern. Wir steigern das europäische Engagement  
mit den am  
183 stärksten von Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz  
von  
184 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die biologische  
185 Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

186 Internationale Organisationen stärken

187 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im Fall  
des  
188 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale  
Staatengemeinschaft in  
189 der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie – im Gegensatz zum Sicherheitsrat –  
handlungsfähig  
190 ist, als eine überragende Mehrheit den russischen Einmarsch in die Ukraine auf das  
Schärfste  
191 missbilligte und die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der  
Russischen  
192 Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und  
andere  
193 friedliche Mittel forderte.

194 Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr als die Hälfte aller Beiträge zu  
multilateralen  
195 Organisationen wie der UN. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch

ein  
196 koordiniertes Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft  
machen.  
197 Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Veto-Möglichkeit der bisherigen fünf Veto-  
198 berechtigten Staaten ersatzlos gestrichen wird. Strittige Entscheidungen sollen künftig  
im  
199 deutlich erweiterten Sicherheitsrat mit 2/3 Mehrheit gefällt werden. Sollte der  
200 Sicherheitsrat zu keiner Entscheidung kommen, übernimmt die UN-Vollversammlung,  
damit die UN  
201 bei Krisen handlungsfähig bleibt.

202 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits  
begonnen hat,  
203 muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und Demokratisierung einsetzen,  
um  
204 angemessen auf die heutigen globalen und entwicklungspolitischen  
Herausforderungen reagieren  
205 zu können. UN-Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die  
206 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen. Die  
EU muss  
207 diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

208 Menschenrechte weltweit verteidigen

209 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von  
210 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste  
niedergeschlagen. Wir  
211 setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien,  
212 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger\*innen.

213 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit  
und  
214 Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen durch die UN legitimierte  
Sanktionen für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße. Sanktionen und  
215 Wirtschaftsblockaden, welche schädliche Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung  
216 haben, wie  
217 dies z.B. bei Sanktionen gegen den Irak und Syrien bzgl. Medikamentenlieferungen der  
Fall  
218 war, lehnen wir ab.

219 Menschenrechts-Verteidiger\*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,  
unserer  
220 Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von  
221 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine  
222 geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen,  
etwa  
223 Verteidiger\*innen indigener Rechte, einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind.  
Gefährdeten  
224 Menschenrechts-Verteidiger\*innen wollen wir in der EU mit einer schnelleren und  
225 vereinfachten Visavergabe Schutz bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die  
226 Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger\*innen stark machen.  
Dazu gehört



227 etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale  
228 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen  
229 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Auch bei unseren Bündnispartnern  
werden wir uns  
230 massiv dafür einsetzen, dass derartige Rechtsbrüche- wie z.B. der Fall Assange - aus  
der  
231 Welt geschafft werden. Nach Vorbild des kanadischen Resettlement- Programms  
setzen wir uns  
232 für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger\*innen ein, das  
es ihnen  
233 ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer  
234 Umgebung fortführen zu können.

235 Deserteur\*innen und Kriegsdienstverweigerer verdienen unseren besonderen Schutz:  
Sie wagen  
236 es mit dem Risiko ihrer Freiheit, Gesundheit und teilweise sogar mit ihrem Leben dem  
237 gegenseitigen Töten im Krieg zu widersprechen. Dass Kriegsdienstverweigerer aus  
Belarus an  
238 der EU-Grenze in Litauen abgewiesen und nach Belarus zurückgeschickt werden, ist  
ein  
239 Skandal, den wir mithilfe des EU-Parlaments schnellstmöglich abstellen wollen. Auch in  
der  
240 Ukraine werden Kriegsdienstverweigerer unter dubiosen Vorwänden zu Freiheitsstrafen  
verurteilt. Die staatlichen Stellen in der Ukraine müssen aufgefordert werden, alles zu  
241 unternehmen, damit das Urteil gegen den Pazifisten und Publizisten Yurii Sheliashenko  
242 schnellstmöglich wieder zurückgenommen werden kann.

244 Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen

245 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und  
246 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte.

247 Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von Gewalt, Armut und  
Krieg, aber  
248 auch von den Folgen der Klimakrise betroffen. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von  
ihnen  
249 mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der  
UN-  
250 Resolution 1325 ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre  
Teilhabe  
251 bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen  
252 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik ein,  
die  
253 Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten  
Gruppen in  
254 allen Bereichen weltweit stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller  
Formen  
255 von Diskriminierung zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen  
der EU  
256 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung sind  
257 Vorbild für die Debatte auf EU-Ebene.

258 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im Kampf  
gegen  
259 sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem Beitritt der EU zur  
Istanbul-  
260 Konvention verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer.  
Auch  
261 fordern wir die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien gegen die  
Diskriminierung und  
262 für den Schutz der Menschenrechte von LGBTIQ\*-Personen.

263 3. Eine europäische Sicherheitspolitik

264 Europa abrüsten und deeskalieren

265 Wir fordern, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und  
als  
266 Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den  
267 Europäischen Verteidigungsfonds als EU-Globalstrategie lehnen wir ab.

268 Der Verlauf des russischen völkerrechtswidrigen Angriffskriegs auf die Ukraine hat uns  
269 deutlich vor Augen geführt, dass militärische Aufrüstung Probleme nicht löst. Nötig  
sind  
270 vielmehr Diplomatie, Abrüstung, Entspannung und der Aufbau von gegenseitigem  
Vertrauen sowie  
271 einer umfassenden Zusammenarbeit, welche vor allem mit der Bekämpfung des  
Klimawandels  
272 beginnen müsste.

273 Die Geldmittel, die aktuell wieder in die Rüstungsindustrie fließen, fehlen bei den  
dringend  
274 notwendigen Gegenmaßnahmen zur Erreichung der Pariser Klimaziele sowie beim  
notwendigen  
275 Aufbau und Finanzierung von fairen und sozial korrekten Produktions- und  
Handelsbedingungen  
276 zur Ursachenbewältigung von Kriegen, Flucht, Vertreibung. Da das Geld nur einmal  
ausgegeben  
277 werden kann, führt der falsche Einsatz dieser Geldmittel vielmehr zu weiteren Kriegen,  
278 Bürgerkriegen, einer Verstärkung der Fluchtbewegungen und sozialen Verwerfungen in  
der EU.  
279 Durch das dann bedingte schnellere Fortschreiten des Klimawandels werden sich diese

280 Konflikte weiter verstärken.

281 Eine engere Zusammenarbeit in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei  
282 gleichzeitig deutlicher Abrüstung und vor allem das „auf Null“-Zurückführen von  
283 Angriffsmöglichkeiten auf Dritte wird schnell zu deutlich sinkenden Kosten führen. Das  
Geld  
284 benötigt die EU zum einen für den Klimaschutz innerhalb der EU und vor allem in den  
285 betroffenen Ländern und zum anderen für Investitionen in die soziale Infrastruktur der  
EU,  
286 um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken

287 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit  
einer starken  
288 parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte Zusammenarbeit der  
verbleibenden  
289 Verteidigungs-Streitkräfte wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame  
Rahmenstandards und  
290 Arbeitsbedingungen für Soldat\*innen notwendig.

291 Zivile und militärische Missionen dürfen sich künftig nur an der menschlichen  
Sicherheit  
292 orientieren. Insbesondere sollten Projekte für vorausschauende, konfliktvermeidende,  
293 pazifistische Strategieentwicklungen in gleicher Weise gefördert und finanziert  
werden.

294 Frieden darf nicht erst ein Thema sein, wenn die Gewalt ausgebrochen ist. Gerade die  
lange  
295 Zeit der Friedensdividende hat uns gelehrt, dass in den Frieden dauerhaft investiert  
werden  
296 muss. Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. „Frieden schaffen ohne Waffen“  
ist die  
297 Hauptaufgabe der EU-Gesellschafts- und -Außenpolitik.

298 Beteiligungen wie an den gescheiterten Einsätzen wie in Afghanistan oder Mali werden  
wir  
299 künftig nicht mehr mittragen. Sie verursachen immense Kosten und Schäden vor Ort,  
kosten  
300 Menschenleben auf Seiten der EU-Einsatzkräfte und erst recht auf der Seite der  
Einheimischen  
301 und verschlimmern gleichzeitig die Situation vor Ort. Eine Evaluierung des  
Afghanistan- und  
302 des Mali-Einsatzes ist überfällig.

303 Rüstungsexporte beenden

304 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von EU-Waffensystemen  
schaffen mehr  
305 Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit wird es möglich, künftig keine Waffensysteme  
mehr  
306 an Drittstaaten zu exportieren, ein Beitrag für eine gemeinsame Sicherheitspolitik.  
Waffen  
307 aus der EU dürfen nicht weiter, wie bisher teilweise geschehen, in die Hände von  
Regimen  
308 gelangen, die Menschenrechte systematisch verletzen. Das muss eine scharfe  
Überwachung der  
309 Lieferungen auch an einzelne EU-Länder sicherstellen. Wer sich dem nicht unterwirft,  
wird  
310 nicht mehr beliefert. Wir setzen uns für ein Exportverbot für  
Überwachungstechnologien an  
311 repressive Regime und für ein Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten ein.

312 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade in  
313 unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und Abrüstungsinitiativen  
314 fördern. Die EU muss sich endlich deutlich für eine Umsetzung des Vertrags zur  
315 Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) und die darin vorgeschriebene Abrüstung

einsetzen und  
316 ihre Mitgliedstaaten zum Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum  
Bekenntnis zu  
317 Vision Global Zero ermutigen. Da das Ziel unserer Bemühungen eine atomwaffenfreie  
Welt  
318 bleibt, wird unsere Fraktion von der EU-Ebene aus unterstützen, dass Deutschland hier  
319 vorangeht und als Erstes die gegen den NVV verstoßende „Nukleare Teilhabe“  
beendet.  
320 Daher werden wir auch einer EU-Atommacht keine Zustimmung geben. Vielmehr  
wollen wir in der  
321 EU darauf hinwirken, dass auch Frankreich sein Atomwaffenarsenal reduziert.  
Mittelfristig  
322 möglich wäre eine Unterstellung eines verbliebenen Restarsenals unter den Befehl der  
UN, um  
323 so eine Abwehr gegenüber atomaren Bedrohungen aufrecht zu erhalten. Das könnte  
Beispiel für  
324 andere Atomwaffenstaaten werden.  
325 Die völkerrechtlichen Bemühungen um ein Verbot von autonomen Waffensystemen  
unterstützen  
326 wir. Es darf keinen Einsatz von Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die  
letzte  
327 Entscheidung über Leben und Tod trifft.  
328 Konflikten vorbeugen  
329 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die  
Konflikte  
330 frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel für  
friedensfördernde  
331 zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU lokale zivilgesellschaftliche  
332 Konzepte und Akteure in der Friedensförderung stärker unterstützen und  
Förderrichtlinien in  
333 diesem Zusammenhang flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN  
und der  
334 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von  
335 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir unterstützen.  
336 Wir wollen zivile Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik  
(GSVP) als  
337 Instrument der EU-Außenpolitik durch mehr finanzielle Ressourcen und Personal  
stärken, um  
338 zum Beispiel die Polizei oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit  
339 rechtsstaatlichen und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und  
Konflikten  
340 vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf  
Migrationsmanagement lehnen  
341 wir ab.  
342 Durch eine - anders als bisher - glaubwürdige und aktive Politik der Prävention leisten  
wir  
343 auch einen wichtigen Beitrag zur Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale

Strukturen und  
344 funktionierende staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten,  
die  
345 menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

346 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären Hilfe  
wollen  
347 wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle Ausstattung sowie  
348 effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der EU-Organisation für humanitäre Hilfe

349 ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren.  
Schließlich  
350 wollen wir die europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf  
351 geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen  
zu  
352 achten.

353 4. Globale Gerechtigkeit

354 Verlässliche Partnerin sein

355 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die  
Menschen, die  
356 wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort unterstützen wollen.  
Damit  
357 stehen wir für eine gerechtere Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und  
Schwellenländern als  
358 Autokratien. Wir wissen, dass dies faktisch teilweise eine Umkehrung der bisherigen  
Politik  
359 mancher EU-Länder gleichkommt, aber wir wollen, dass die EU aktiv den Wettbewerb  
um die  
360 Partnerschaft mit dem Globalen Süden aufnimmt und den begonnenen Weg eines  
koordinierten  
361 Vorgehens mit den Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften  
intensiviert. Dafür  
362 stehen wir auf EU-Ebene ein. Wir setzen uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz  
ein, das  
363 zu einem sozial und ökologisch gerechteren Handel beitragen kann.

364 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von  
365 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür wollen  
wir die  
366 bestehenden Instrumente der EU-Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren  
Partnern  
367 weiterentwickeln. Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in  
368 Hochschulen, NGOs oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch  
die  
369 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein, dass  
370 zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des  
Globalen  
371 Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU gefördert  
werden.

372 Globale Verantwortung annehmen

373 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa und  
ehemaligen  
374 Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen Vermögensverteilung, in  
375 wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder fehlender Repräsentanz. Die  
Mitgliedstaaten  
376 der EU müssen sich ihrer historischen Verantwortung stellen, die sich aus den  
Verbrechen der  
377 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen.  
378 Damit wir auch dem Erbe unserer kolonialen Vergangenheit gerecht werden, müssen  
die von EU-  
379 Ländern verursachten wirtschaftlichen Schäden, Naturzerstörungen z.B. durch den  
Uranabbau,  
380 aber auch menschliches Leid anerkannt und so weit wie möglich finanziell  
ausgeglichen  
381 werden.

382 Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen  
bei den  
383 Entwicklungsbanken vorantreiben. In internationalen Natur- und  
Umweltschutzabkommen wollen  
384 wir die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser  
achten. Die EU-  
385 Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit Partnerländern und  
386 Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von Machtverhältnissen  
kontinuierlich  
387 evaluieren und weiterentwickeln. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befinden  
sich in  
388 einer Schuldenkrise, die ihre Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische  
389 Modernisierungsprozesse massiv einschränkt. Oft ist der Hintergrund das Verhalten  
der durch  
390 europäische Ex-Kolonialmächte gestärkten Diktatoren, bedingt durch die koloniale  
Geschichte  
391 oder durch die Ausbeutung ihrer Bodenschätze und ihrer Natur. Die Schuldenkrise der  
392 Entwicklungsländer ist ein Relikt neokolonialer Ausbeutung durch die Industrieländer  
und  
393 wird aktuell verursacht von westlichen Finanzinstitutionen, Staaten und Unternehmen.  
Wir  
394 fordern einen umfassenden Schuldenerlass für die Entwicklungsländer! Wir wollen  
verhindern,  
395 dass Rechtsräume der EU zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht  
werden, was  
396 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter  
einschränkt.

397 5. Fairer Handel

398 Mit Handel Lebensqualität erhalten und verbessern

399 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann  
Frieden  
400 stabilisieren. Es ist daher eine politische Aufgabe der EU, ihren wirtschaftlichen und  
401 politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch Handelspolitik Wertschöpfung fördert

und  
402 zusätzlich weltweit Standards für soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie  
403 Menschenrechte beeinflusst. Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen  
Standards vor  
404 einem Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und  
Interessen.

405 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt, dass  
wir  
406 Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren müssen. Eine  
407 vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige Partnerschaften knüpft,  
liefert  
408 dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir Unternehmen in der EU dabei  
unterstützen, ihre  
409 Investitionstätigkeiten und Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

410 6. Mehr EU in Europa

411 Erweiterungsperspektiven

412 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte, verhindert Kriege und stabilisiert so  
den  
413 Frieden in Europa. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unsere  
414 Lebensqualität. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu  
415 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen Beitrittsprozess  
416 mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen. Damit eine erweiterte  
EU  
417 handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und  
Reformen müssen  
418 Hand in Hand gehen.

419 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien der  
EU,  
420 ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*  
*communautaire*,  
421 vollumfänglich übernehmen.

422 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den Beitrittsstaaten,  
ihre  
423 Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der EU. Auf dem Weg in die EU  
ist uns  
424 eine enge Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch  
jenseits  
425 der Regierungen wichtig. Regierungsvertreter\*innen der Beitrittsländer sollen an  
426 ausgewählten Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

427 Westbalkanstaaten

428 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo,  
429 Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU. Aber der Weg dahin ist  
teilweise  
430 noch weit, wie z.B. aktuell die Aggressivität Serbiens gegenüber dem Kosovo zeigt.

431 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den sensiblen  
432 Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans. Dieses  
Beitrittsversprechen  
433 darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der Beitrittsgespräche mit Albanien und  
434 Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für Bosnien und Herzegowina sowie die  
435 Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige Fortschritte auf dem Weg in die EU.  
436 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption, Organisierter  
437 Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils unzureichender  
Aufarbeitung  
438 der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung wollen wir die Staaten im  
Beitrittsprozess  
439 intensiv unterstützen. Die Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser  
fördern,  
440 besonders auch die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine  
441 inklusive Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den  
Westbalkan  
442 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und  
443 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

444 Ukraine

445 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen und finanziellen  
446 Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt. Wir werden die Ukraine weiterhin  
entschlossen  
447 unterstützen, damit sie ihre Souveränität und Integrität wiedererlangen und  
verteidigen  
448 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, aller ihrer Menschen – auch der  
Minderheiten  
449 – und ihres Rechts auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und  
unterstützen  
450 den Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen  
451 Sicherheitsgarantien.

452 Um das zu erreichen, unterstützen wir diplomatische Initiativen, um Wege aus dem  
Krieg  
453 aufzuzeigen. Verhandlungen mit dem Ziel eines Waffenstillstands müssen vorbereitet  
werden;  
454 eine Vermittlung durch die Vereinten Nationen ist unbedingt erstrebenswert. Unter der  
Ägide  
455 des UN-Generalsekretärs António Guterres sollte eine internationale  
Verhandlungskommission  
456 gebildet werden, die die Bedingungen des Waffenstillstands aushandelt.

457 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide  
Seiten  
458 profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen dabei auf  
459 Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung, eine aktive  
Rolle der  
460 Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen Ebene sowie einen sorgsam



Umgang mit  
461 den Minderheiten und ihren Rechten.

462 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau der  
Ukraine  
463 finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen. Dazu bedarf es auch  
464 großer finanzieller Anstrengungen und erheblich beschleunigter Verfahren, um  
schnelle  
465 Ergebnisse zu erzielen.

466 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die Verbrechen  
467 gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einschließlich des Verbrechens des  
Kriegs  
468 aufklären und bestrafen.

469 Die grassierende Korruption in der Ukraine kann nicht nur durch Entlassungen  
bekämpft  
470 werden, sondern die Täter müssen sich vor einem unabhängigen Gericht  
verantworten, um die  
471 immensen Gelder zu rechtfertigen, mit denen die EU den Haushalt der Ukraine stützt.

472 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten, dass  
die EU  
473 die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter stabilisiert und diese als  
Zeichen  
474 der Solidarität und als Beitrag zur europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch,  
den  
475 Ausbau alternativer Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen  
Meeres  
476 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich und trägt  
zur  
477 globalen Ernährungssicherung bei.

478 Georgien und Moldau

479 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem Ziel  
von  
480 militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands. Wir stehen  
entschlossen  
481 zur Souveränität und territorialen Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und

482 Georgien auf ihrem Weg in die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die  
dafür  
483 nötigen Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit  
2020  
484 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent  
unterstützen.

485 Europäische Nachbarschaft

486 Auch wenn es im Augenblick es herausfordernd klingt: Es muss jedoch eine  
mittelfristige  
487 Zielsetzung sein, Russland einzubeziehen und keine Strategie der Isolation zu

forcieren. Ein  
488 friedliches, starkes Europa kann es nur mit Russland geben.  
489 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die konstruktiv mit  
490 ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.  
491 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung  
von  
492 Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir  
intensivieren.  
493 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur engeren  
494 Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine EU-  
Mitgliedschaft  
495 anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist diese Zusammenarbeit im  
496 ausgeprägten EU-Interesse.  
497 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen  
Angriffskrieg  
498 gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und Krisenprävention stärken. Sie  
kann in  
499 der Gestaltung der Nachkriegsordnung in Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.  
500 Türkei  
501 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine  
langjährige  
502 Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen gesellschaftlichen, kulturellen und  
503 wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt. Wir glauben, dass eine demokratische  
Türkei, in  
504 der die Rechte aller ihrer Bürger\*innen geachtet werden, einen festen Platz in der  
505 europäischen Familie hat.  
506 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung hat sich  
in  
507 den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten  
entfernt.  
508 Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik richtet sich Ankara zum Teil offensiv  
gegen  
509 EU-Interessen. Die anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts, die  
Beteiligung im  
510 libyschen Bürgerkrieg oder die völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien und  
im  
511 Irak zeigen zugleich, was für eine schwierige Partnerin die Türkei für die EU und die  
NATO  
512 in der aktuellen Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg  
513 gegen die Ukraine und darüber hinaus engagiert.  
514 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und  
möglich  
515 ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des  
Klimawandels. Der  
516 autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die sich offen gegen die EU,  
gegen

517 die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in der EU, gegen Kurd\*innen und andere  
518 Minderheiten oder gegen Menschenrechts-Verteidiger\*innen im eigenen Land wenden,  
treten wir  
519 entschieden entgegen. Die türkische Regierung muss aufgefordert werden, alles zu  
520 unternehmen, damit die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft entlassen  
werden und  
521 den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Folge geleistet wird.  
522 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk\*innen, die sich für Demokratie  
und  
523 Rechtsstaatlichkeit engagieren. Die EU muss die türkische Zivilgesellschaft, die sich für  
524 einen demokratischen Wandel einsetzt, besonders unterstützen.

525 7. Ein starkes Europa in der Welt

526 Die östliche Nachbarschaft der EU

527 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren  
Kontinent.  
528 Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu einem feindseligen  
529 Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU braucht es  
zielgerichtete  
530 Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und Zentralasien, die besonders die  
531 veränderten Sicherheitsinteressen unserer Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig  
müssen  
532 wir die demokratischen Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische  
533 Einmischung bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders  
unterstützen.

534 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den  
Protesten  
535 rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 unermüdlich für  
Demokratie und  
536 Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir werden uns weiterhin solidarisch und  
mit  
537 Nachdruck für die Unterstützung der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition,  
die  
538 Freilassung aller politischen Gefangenen, die Unterstützung belarussischer  
Deserteur\*innen  
539 und Kriegsdienstverweigerer, die Sanktionierung des belarussischen Regimes und für  
freie und  
540 faire Wahlen im Land einsetzen.

541 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die  
Unterstützung des  
542 russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer Menschenrechtsverletzungen  
schuldig  
543 gemacht. Dafür müssen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns  
insbesondere dafür  
544 ein, dass die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

545 Putin und sein Machregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.  
Gewalt,

546 Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität. Die Zivilgesellschaft wurde  
547 mundtot gemacht, die Opposition befindet sich entweder im Exil oder in politischer  
548 Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin für die Freilassung aller politischen  
Häftlinge  
549 einsetzen. Wir sehen uns als Freund\*innen und Partner\*innen derer, die ein freies,  
550 friedliches und demokratisches Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte  
551 Widersacher\*innen all jener, die das verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir  
552 unterstützen daher die EU-Sanktionspolitik gegen die maßgeblichen Vertreter\*innen  
des  
553 Regimes. Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben. Ändert sich diese Lage,  
muss  
554 jedoch umgehend umgedacht und entsprechend gehandelt werden. Die Pläne für  
diese Zeit müssen  
555 bereits jetzt erarbeitet und offengelegt werden, damit die russische Zivilgesellschaft  
die  
556 Alternative sieht und erkennt.

557 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den  
russischen  
558 Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen schuldig gemacht  
und muss  
559 dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft gezogen werden. Dies muss  
allerdings für  
560 ähnlich gelagerte Fälle – auch in Bereich unserer Verbündeter – ebenso gelten, sonst  
wird  
561 diese Forderung unglaubwürdig.

562 Transatlantische Beziehungen

563 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer\*innen zugleich eine so  
tiefe  
564 gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA. Die USA  
haben nach  
565 dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs maßgeblich zur politischen  
Einigung auf  
566 dem europäischen Kontinent und zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

567 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für unsere  
europäische Gegenwart und Zukunft. Allerdings haben die USA auch mit ihren illegalen  
Kriegen  
568 z.B. gegen den Irak und Afghanistan zuvor auch Schuld auf sich geladen und Teile der  
569 heutigen Probleme der Weltlage im arabischen Raum mitverschuldet. Die Entstehung  
der  
570 Terrororganisation ISIS war eine direkte Folge des Irakkrieges und des folgenden  
571 unverantwortlichen Rückzugs. Bei allem Willen zur Zusammenarbeit muss auch dies  
572 berücksichtigt und thematisiert werden, um künftig derartige Fehlentwicklungen  
573 auszuschließen. Denn nur dann ist die US-Administration ein strategischer Partner: für  
574 unsere Sicherheit, für die klimagerechte Erneuerung unserer Lebensqualität und für  
die  
575 Selbstbehauptung der liberalen Demokratie.

576 Nur dann können wir gemeinsam den klimaneutralen Umbau unserer Länder  
577 voranbringen.

578 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA gleichzeitig  
579 intensivieren und kritisch hinterfragen müssen. Das heißt zum einen, die  
transatlantischen  
580 Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu stellen – durch den Ausbau von  
Partnerschaften  
581 mit Bundesstaaten, Städten, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und zum  
anderen,  
582 einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der eigenständigen  
583 Handlungsfähigkeit der EU und eine deutliche Kritik an falschen Handlungen der US-  
584 Regierungen.

585 China

586 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale.  
Durch  
587 Chinas teilweise aggressives Auftreten auf der globalen Bühne erschwert diese  
Partnerschaft.  
588 Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der Mitgliedstaaten und der EU  
als  
589 Institution sowie für einen strukturierten Informationsaustausch und eine engere  
590 Koordinierung des Verhältnisses zu China ein.

591 Mit seiner enormen Wirtschaftsentwicklung hat Chinas einen großen Anteil an der  
592 Globalisierung. Ihr verdankt besonders der Westen einen großen Teil seines  
materiellen  
593 Wohlstands. Von Chinas Wirtschaftskraft und wachsendem globalen Einfluss sehen sich  
aber  
594 inzwischen besonders die USA in ihrem hegemonialen Anspruch herausgefordert. Wir  
wollen uns  
595 nicht in den US-Handelsstreit mit China hineinziehen lassen. Zum Beispiel lehnen wir  
einen  
596 Generalverdacht oder gezielte Sanktionen gegen Firmen mit Xinjiang-Verbindung ab.  
597 Wir kritisieren die Entsendung deutscher Marineeinheiten in die Indopazifische Region  
und  
598 setzen stattdessen auf Dialog, denn Konfrontation ist nicht das „was Frieden schützt“.

599 Naher Osten und Nordafrika

600 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger Nachbar  
für die  
601 EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb weitestgehend  
unerfüllt und  
602 in den vergangenen Jahren haben sich wieder autoritäre Akteure in der Region  
verfestigt. Wir  
603 wollen aber trotz der schwierigen Lage eine Zusammenarbeit anstreben, die die  
604 wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch  
nach einem  
605 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der EU-  
606 Nahostpolitik stehen. Eine Zusammenarbeit mit Diktatoren, Rechtsbrechern und  
Mördern in  
607 allen Ländern der Region werden wir jedoch auf das allernötigste beschränken und bei  
neuen  
608 Exzessen gegebenenfalls auch aussetzen.

609 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche Partnerin  
sein für  
610 all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche Perspektiven schaffen und Freiheit  
und  
611 Selbstbestimmung voranbringen wollen. Durch die Geschichte von Kolonialismus und  
612 jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen tragen einige Staaten der EU  
hier  
613 eine besondere Verantwortung.

614 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären Regimen in  
der  
615 Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im  
Verhältnis zu  
616 den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die  
selbst  
617 Fluchtgründe schaffen. Dies lehnen wir ab.

618 Sowohl die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen  
Volkes  
619 als auch die gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar. Für  
Frieden  
620 und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung eines  
souveränen,  
621 lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

622 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische  
Prinzipien  
623 und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir treten dafür ein, dass  
die  
624 EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Regimes aufrechterhält und  
erweitert. Die  
625 iranische Revolutionsgarde muss rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden.  
Zudem  
626 muss die EU die demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen  
und  
627 politisch verfolgte Iraner\*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg  
als  
628 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich  
geschlossen  
629 werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-Verbreitungsabkommen  
halten, der  
630 Westen allerdings auch an die zugesagten wirtschaftlichen Zugeständnisse, die unter  
Trump  
631 einseitig gekündigt wurden.

632 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen  
633 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um  
Deeskalation in der  
634 Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu Straflosigkeit führen, zum  
Beispiel  
635 angesichts der Menschheitsverbrechen des Assad-Regimes in Syrien.

636 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden überstürzten, panikartigen  
Abzug  
637 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber den  
Menschen in  
638 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen  
Bereichen  
639 des öffentlichen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der  
dramatischen  
640 Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit Frauen einbindet.  
641 Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger\*innen sind aufgrund ihrer Arbeit – etwa für  
die  
642 Bundeswehr und internationale Organisationen – oder ihres Einsatzes für  
Menschenrechte in  
643 Gefahr. Wir stehen daher zu unserer Verantwortung für sie und die unverzügliche  
Evakuierung  
644 und Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-Verteidiger\*innen innerhalb der  
EU.

645 Afrika

646 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng verbunden.  
Wir  
647 wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem afrikanischen Kontinent in  
ihren  
648 Bemühungen unterstützen, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor  
Ort zu  
649 schaffen. Wir sehen eine wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen  
Kontinent in  
650 Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten.  
Dabei  
651 begreifen wir die Stärkung einer echten Demokratie als wichtige Aufgabe.  
Scheinwahlen von  
652 Diktatoren oder deren Dynastien werden wir dagegen offenlegen und die so  
Gewählten nicht  
653 unterstützen.

654 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht  
gekennzeichnet.  
655 Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders stark unter den  
Folgen der  
656 Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische Emissionen verursacht wurde.  
Ein  
657 Rückfall in koloniales Verhalten ist jedoch auch nicht mit ökologischen Zielen zu  
658 rechtfertigen. Es muss eine Beziehung auf Augenhöhe sein – wirtschaftlich durch  
intensivere  
659 Wertschöpfung in den Ländern und moralisch durch Fairness und Offenheit. Im  
Bewusstsein auch  
660 unseres kolonialen Erbes werden wir – vor allem die betroffenen ehemaligen  
Kolonialmächte,  
661 also auch Deutschland – (auch finanzielle) Verantwortung übernehmen, um Respekt  
und  
662 Gleichberechtigung zu zeigen und auszuüben.

## 663 Indopazifik

664 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum verschoben. Hier

665 findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und Entwicklung statt.

666 Wir wollen die enge Kooperation mit zentralen Partnern der EU wie Japan, Südkorea, 667 Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-Staaten intensivieren.

668 Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr Zusammenarbeit bei Klimaschutz und 669 wirtschaftliche Modernisierung legen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die 670 Menschenrechte stärken.

671 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer Existenz 672 bedroht sind, obwohl sie selbst wenig zu den globalen Emissionen beigetragen haben.

Wir

673 wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und des steigenden 674 Meeresspiegels

675 konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen den Klimaschutz stärker in

676 Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten Region verankern.

## 676 Indien

677 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien an. 678 Wir

679 begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr 2023 ebenso 680 wie die

681 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen Indiens neue Bedeutung 682 für die

683 Bereitstellung globaler digitaler Güter an und wollen eine verstärkte Zusammenarbeit 684 bei

685 digitalen Zahlungssystemen ausloten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich 686 an klaren

687 Sozial-, Minderheits- und Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge 688 betrachten

689 wir in dieser Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen, insbesondere die 690 Diskriminierung und Verfolgung der muslimischen Minderheit. Wir unterstützen die 691 indische

692 Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung territorialer Konflikte in

693 Grenzregionen ein. Waffenlieferungen, vor allem die Lieferung von U-Booten in diese 694 Region,

695 welche eine Zweitschlagfähigkeit im Fall eines Atomkrieges schaffen könnten, lehnen 696 wir

697 grundsätzlich ab. Wir werden die aktuelle Rückentwicklung der Demokratie und die 698 zunehmende

699 Entrechtung von Minderheiten genau beobachten und bei weiterer Zunahme 700 sanktionieren.

## 690 Lateinamerika

691 Wir wollen Aktivist\*innen für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von 692 LGBTIQ\*,

693 Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive

694 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.



694 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in Lateinamerika.  
 Die  
 695 Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen wollen wir eine  
 Intensivierung  
 696 von Klima- und nachhaltigen Rohstoffpartnerschaften sowie eine Ausweitung der  
 Kooperation  
 697 für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven Naturschutz. Die Klimapartnerschaft  
 bedarf  
 698 deutlich höherer finanzieller Anstrengungen. Klimaschutz muss sich in diesen Ländern  
 auch  
 699 für die Menschen wirtschaftlich lohnen. Der Schutz der Rechte der indigenen  
 Bevölkerung muss  
 700 bei allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

701 Die Handelsbeziehungen zwischen EU und Lateinamerika müssen auf das Wohl der  
 Bevölkerungen  
 702 beider Regionen gerichtet sein. Das erfordert unter anderem, dass ein substanzieller  
 Teil  
 703 der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Das Mercosur-EU-Abkommen lehnen wir  
 in seiner  
 704 derzeitigen Form ab, weil es dem entgegensteht. Es soll an erster Stelle großen  
 Unternehmen  
 705 der deutschen Auto-Industrie und dem brasilianischen Agro-Business nützen, während  
 es die  
 706 Rechte von Arbeitnehmer\*innen in beiden Erdteilen und den für den Schutz des  
 Weltklimas  
 707 zentralen Amazonas-Regenwald bedroht.

## Begründung

Die Hintergründe, die die Antragsteller leiten, finden sich in: Ökumenische  
 Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Link: [https://  
 www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/  
 1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc6--1b47dbfc6d3c6d3/  
 Texte\\_Oekumenische\\_Versammlung\\_1989.pdf](https://www.ekmd.de/attachment/aa234c91bdabf36adbf227d333e5305b/1e01a4aaf49f4e41a4a11e0bcbc6--1b47dbfc6d3c6d3/Texte_Oekumenische_Versammlung_1989.pdf))

Der vorgelegte Originaltext beinhaltet an vielen Stellen Abweichungen und teilweise  
 Umkehrungen alter grüner Beschlusslagen zum Thema Frieden wie Wahlprogramme  
 oder Grundkonsens, ohne dass die Partei dies so beschlossen hätte.

Daher legen wir einen Gegenentwurf vor, der sich weitgehend auf die bisherige,  
 älteren Beschlüsse bezieht und diese im EU-Wahlprogramm fortschreibt.

Vor allem wird Diplomatie und Verhandlung in den Vordergrund gestellt und dies auch  
 begründet und mögliches Vorgehen dargestellt. Wir sind der Meinung, dass weitere  
 Eskalierung des Krieges, weitere Aufrüstung und Lieferung immer stärkerer Waffen nur  
 weitere Menschenleben kostet und keines der Probleme löst, weder kurz-, noch mittel-,  
 noch langfristig löst. Im Gegenteil wächst damit täglich die Gefahr einer Ausweitung  
 des Krieges.

Die Grüne Partei stand seit ihrer Gründung immer und uneingeschränkt für friedliche  
 Konfliktlösung und gegen Gewalt. DAS soll von heute auf morgen - schon immer? -

falsch gewesen sein? Wenn es noch richtig ist - wovon wir ausgehen - dann muss sich das auch in unserer Politik, auch als Teil der Regierung, wiederfinden.

-----

Technischer Hinweis an den BuVo als Antragssteller des Gegenantrages:

Im Originaltext standen etliche Absätze, die mit dem Thema "Frieden" nur wenig oder sehr eingeschränkt zu tun hatten. Natürlicherweise konnten wir dies nicht alles aufgreifen oder übernehmen. WIR haben uns daher NUR auf das eigentlich Thema - s. Überschrift - "Frieden" konzentriert. Will der BuVo verhindern, dass diese genannten "Fremdanteile" im Falle der Annahme unserer Globalalternative vollständig herausfallen, müsste er einen ergänzenden Änderungsantrag an unseren Antrag stellen (oder eine andere Möglichkeit finden), um diese Textteile zu erhalten.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Tabitha Elkins (KV Fürth-Land); Michael Kosthorst (KV Wesel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sandra Smolka (KV Freising); Maria Regina Feckl (KV Erding); Marianne Rummel (KV Trier-Saarburg); Finn Schwarz (KV Tübingen); Benjamin Kunz (KV Birkenfeld); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); sowie 32 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.